

ALLGEMEINE VERKAUFSBEDINGUNGEN FÜR LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN

1. GELTUNGSBEREICH

- 1.1. Für sämtliche Lieferungen, Leistungen und Angebote der BFT GmbH (in weiterer Folge „Auftragnehmer“ genannt) gelten ausschließlich die nachfolgenden Allgemeinen Verkaufsbedingungen für Lieferungen und Leistungen der BFT GmbH in der jeweils gültigen Fassung. Von diesen Geschäftsbedingungen abweichende Bestimmungen des Vertragspartners (in weiterer Folge „Vertragspartner“ genannt) bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers. Dies gilt auch für das Abgehen von der Schriftform. Diese Allgemeinen Verkaufsbedingungen bilden einen untrennbaren Bestandteil des gegenständlichen Vertrags und gelten auch für alle zukünftigen Vertragsbeziehungen mit einem Vertragspartner.
- 1.2. Bei widersprüchlichen Vertragsgrundlagen gelangt nachstehende Reihenfolge zur Anwendung:
 - Sondervereinbarungen (wie bspw. im Liefervertrag) soweit diese vom Auftragnehmer schriftlich bestätigt wurden;
 - die Allgemeinen Verkaufsbedingungen für Lieferungen und Leistungen der BFT GmbH;
 - Angebotsunterlagen;
 - Dispositive Normen des Handels- und Zivilrechts.

2. ANGEBOT UND ANNAHME

- 2.1. Sämtliche Angebote des Auftragnehmers sind freibleibend, sofern sie nicht ausdrücklich als verbindlich bezeichnet werden. Die Bestellung eines Vertragspartners bedarf zum rechtswirksamen Vertragsabschluss einer schriftlichen Annahme des Auftragnehmers oder der Lieferung der vom Kunden bestellten Ware.
- 2.2. Der Auftragnehmer behält sich das Recht vor Bestellungen des Vertragspartners abzulehnen, sollte der Bestellwert den Betrag von € 2.000,-- unterschreiten. Bei Annahme einer Bestellung unter diesem Mindestbestellwert, werden sich die Vertragsparteien auf eine angemessene Bearbeitungsgebühr einigen.
- 2.3. Auf Bestellungen des Vertragspartners angeführte Verweise auf dessen Allgemeine Geschäfts- bzw. Ein-

kaufsbedingungen werden vom Auftragnehmer nicht anerkannt und können auch durch keinerlei Vertragserfüllungshandlungen des Auftragnehmers als Zustimmung zu derartigen abweichenden Bedingungen gesehen werden.

3. PREISE UND ZAHLUNGSBEDINGUNGEN

- 3.1. Die Preise des Auftragnehmers sind, soweit nichts anderes ausdrücklich vermerkt ist, Nettopreise zzgl. einer allfälligen Umsatzsteuer zum jeweils anwendbaren Steuersatz bzw. sonstiger Steuern in der jeweils gesetzlich dafür vorgesehenen Höhe. Sämtliche angeführten Preise gelten EXW Kapfenberg, Österreich gemäß INCOTERMS 2020 und beinhalten ausschließlich eine einfache, handelsübliche Verpackung der Ware sowie deren Verladung, wenn dies ausdrücklich im jeweiligen Angebot angegeben ist. Kosten für Transport, Transportversicherung, Montage etc. sind vom Vertragspartner zu tragen. Die Preise basieren auf jenen zum Zeitpunkt des erstmaligen Preisangebots errechneten Kosten. Der Auftragnehmer ist zur Anpassung des Preises berechtigt, wenn zwischen Vertragsabschluss und Lieferung mindestens 6 (sechs) Monate liegen und sich relevante Kostenelemente, wie insbesondere Rohstoffpreise und Transporttarife nicht nur geringfügig geändert haben. Änderungen betreffend Liefertermin, Spezifikationen, Quantität oder Qualität der bestellten Ware, welche nach Vertragsabschluss vom Vertragspartner verlangt werden, berechtigen den Auftragnehmer zur Preisanpassung.
- 3.2. Sofern Zahlungsbedingungen nicht schriftlich gesondert vereinbart wurden, haben sämtliche Zahlungen unverzüglich nach Rechnungserhalt, ohne jeden Abzug und spesenfrei in der vereinbarten Währung zu erfolgen. Zahlungen des Vertragspartners gelten dann als schuldbefreiend geleistet, wenn diese am Geschäftskonto des Auftragnehmers eingelangt sind.
- 3.3. Teilrechnungen sind mit Erhalt der jeweiligen Faktura unverzüglich zur Zahlung fällig. Dies gilt auch für jene Verrechnungsbeträge, welche durch Nachlieferungen oder andere Vereinbarungen über die ursprünglich vereinbarte Vertragssumme hinaus entstehen, unab-

hängig von den für die Hauptlieferung vereinbarten Zahlungsbedingungen.

- 3.4. Bei Zahlungsverzug des Vertragspartners ist der Auftragnehmer dazu berechtigt, Verzugszinsen in der Höhe von zumindest 12 % p.a., sowie alle mit der Eintreibung offener Forderungen in Zusammenhang stehenden Mahn- und Inkassospesen, vorprozessuale Kosten sowie Rechtsanwaltskosten in Rechnung zu stellen. Der Auftragnehmer hat zudem das Recht, die Leistungen im Falle verspäteter Zahlungen des Vertragspartners auszusetzen.
- 4.1. Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde, erfolgen sämtliche Lieferungen des Auftragnehmers EXW Kapfenberg, Österreich gemäß INCOTERMS 2020. Teillieferungen sind zulässig. Der Gefahrenübergang erfolgt im Einklang mit dem vereinbarten INCOTERMS mit Versandbereitschaftsmeldung des Auftragnehmers. Ungeachtet anderslautender Bestimmungen erfolgt der Gefahrenübergang, wenn der vereinbarte INCOTERMS nicht EXW ist und sich der Vertragspartner im Annahmeverzug befindet, jedenfalls dreißig (30) Tage nach der Versandbereitschaftsmeldung des Auftragnehmers.
- 4.2. Festgehaltene Lieferfristen/-termine werden vom Auftragnehmer nach Möglichkeit eingehalten und sind, falls nicht ausdrücklich Verbindlichkeit schriftlich vereinbart wurde, unverbindlich und verstehen sich als voraussichtlichen Zeitpunkt der Lieferung. Der vorab vereinbarte Liefertermin kann bis zu 10 (zehn) Werktagen überschritten werden. Im Falle von ausdrücklich schriftlich vereinbarten verbindlichen Lieferterminen, verstehen sich diese jedoch vorbehaltlich Materialverfügbarkeit. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Vertragspartner unverzüglich nach Bekanntwerden einer Lieferverzögerung unter Angabe der voraussichtlichen Dauer zu informieren. Wenn eine Bestellung eine vom Vertragspartner zu leistende Vorauszahlung enthält, beginnen die festgelegten Lieferfristen ab dem Datum des Eingangs der Vorauszahlung auf dem Bankkonto des Auftragnehmers.
- 4.3. In allen anderen Fällen werden Lieferfristen, mangels davon abweichender Vereinbarung, vom Datum der Bestellannahme durch den Auftragnehmer berech-

net. Nachträgliche Änderungen von Lieferterminen bedürfen einer vorherigen schriftlichen Bestätigung des Auftragnehmers.

- 4.4. Kann, aus welchen Gründen auch immer, die Abnahme der Ware durch den Vertragspartner zum vereinbarten Liefertermin nicht erfolgen, so hat der Vertragspartner dem Auftragnehmer dies unverzüglich unter Angabe von Gründen und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung mitzuteilen. Bei Verzögerung der Abnahme der Ware durch den Vertragspartner um mehr als 2 (zwei) Wochen, ist der Auftragnehmer dazu berechtigt Lagerkosten in Höhe von 0,2 % des Bestellwertes pro Woche, mindestens jedoch € 500,-, in Rechnung zu stellen.

5. EIGENTUMSVORBEHALT

- 5.1. Bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises samt sämtlicher allenfalls bis dahin aufgelaufene Verzugszinsen, Mahn- und Inkassospesen sowie Prozesskosten, verbleibt die Ware im Eigentum des Auftragnehmers. Der Vertragspartner verpflichtet sich sämtliche ihm aus einer Weiterveräußerung entstehenden Forderungen Dritten gegenüber an den Auftragnehmer abzutreten, wobei eine Weiterveräußerung einer vorherigen, ausdrücklichen Zustimmung des Auftragnehmers bedarf. Die Zustimmung zur Weiterveräußerung erlischt ohne weiteres, sobald über das Vermögen des Vertragspartners ein Insolvenzverfahren eröffnet wird.
- 5.2. Bei Zugriffen von Dritten auf die Vorbehaltsware durch Pfändung oder sonstige Inanspruchnahme, ist der Vertragspartner dazu verpflichtet, auf das vorbehaltene Eigentum hinzuweisen und den Auftragnehmer unverzüglich zu verständigen. Der Vertragspartner trägt das volle Risiko für die Vorbehaltsware, insbesondere für die Gefahr des Untergangs, des Verlusts oder der Verschlechterung.

6. GEWÄHRLEISTUNG

- 6.1. Der Auftragnehmer ist nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen dazu verpflichtet jeden, die Funktionsfähigkeit des Liefergegenstands beeinträchtigenden Mangel, der im Zeitpunkt der Übergabe bereits bestanden hat und auf einem Fehler der Konstruktion, des Materials oder der Ausführung beruht, zu beheben.

- 6.2. Die Gewährleistungsfrist beträgt 6 (sechs) Monate ab Inbetriebnahme bzw. 12 (zwölf) Monate ab erfolgter Lieferung (gemäß Gefahrenübergang), welches davon jeweils zuerst eintritt, soweit nicht für einzelne Liefergegenstände andere Gewährleistungsfristen vereinbart wurden. Die Gewährleistungsverpflichtungen des Auftragnehmers erlöschen in jedem Fall mit Ablauf der vereinbarten Gewährleistungsfrist. Eine Verlängerung der Gewährleistungsfrist kann weder durch eine Mängelbehebung noch durch das Einsetzen von Ersatzteilen in die Hauptlieferung, für die Hauptlieferung bzw. die Ersatzteile erwirkt werden.
- 6.3. Der Vertragspartner hat die Waren unmittelbar nach deren Erhalt zu untersuchen und etwaige Mängelrügen unverzüglich, jedenfalls aber binnen 14 (vierzehn) Tagen nach Warenübergabe schriftlich und unter detaillierter Angabe des behaupteten Mangels zu erheben, andernfalls die Ware als genehmigt gilt. Bei verdeckten Mängeln hat die Mängelrüge innerhalb einer Frist von 14 (vierzehn) Tagen ab deren Entdeckung zu erfolgen. Weiters ist vom Vertragspartner nachzuweisen, dass der Mangel bereits zum Zeitpunkt des Gefahrenüberganges gemäß 4.1. vorhanden war.
- 6.4. Der Auftragnehmer garantiert ausschließlich die vertraglich zugesicherten Spezifikationen des Produktes. Andere Garantieansprüche, ausdrücklich oder stillschweigend, wie eine Zusicherung der allgemeinen Gebrauchstauglichkeit sowie eine Eignung für einen bestimmten Zweck, sind ausdrücklich ausgeschlossen. Ansprüche aus Gewährleistung bestehen insbesondere dann nicht, wenn der Fehler auf normalem Verschleiß, unsachgemäßer Behandlung bzw. Lagerung, mangelhafter Wartung, ungewöhnlichen Umgebungseinflüssen oder Transportschäden beruht.
- 6.5. Abgesehen von allfälligen zwingenden gesetzlichen Bestimmungen im Hinblick auf die Art der Gewährleistungserbringung bleibt dem Auftragnehmer ausdrücklich vorbehalten, einen etwaigen Gewährleistungsanspruch nach eigener Wahl durch Verbesserung, Austausch oder Preisminderung zu erfüllen.
- 6.6. Die Verpflichtung zur Gewährleistung erlischt in jedem Fall mit Ablauf der Gewährleistungsfrist gemäß Klausel 6.2. Ohne vorherige Zustimmung des Auftragnehmers durch den Vertragspartner vorgenommene Veränderungen oder Bearbeitungen an der übergebenen Ware, führen zum Erlöschen jeglicher Gewährleistungsverpflichtung des Auftragnehmers.
- 6.7. Im Falle von Dienstleistungen] Der Auftragnehmer garantiert den Einsatz von qualifiziertem Personal, welches in der Lage ist, die geschuldeten Leistungen mit der gebotenen Sorgfalt und entsprechend den Spezifikationen des Vertrages durchzuführen. Der Auftragnehmer garantiert ausschließlich die vertraglich zugesicherten Spezifikationen der Leistung. Andere Garantieansprüche, ausdrücklich oder stillschweigend, wie eine Eignung für einen bestimmten Zweck, sind ausdrücklich ausgeschlossen.
- 7. ALLGEMEINE HAFTUNGSBESCHRÄNKUNG**
- 7.1. Die Haftung des Auftragnehmers für Schäden, ausgenommen Personenschäden, ist ausdrücklich auf jene Fälle beschränkt, in welchen diesem Vorsatz oder grob fahrlässiges Handeln nachgewiesen werden kann. Die Beweislast für das Vorliegen eines derartigen Verhaltens liegt beim Vertragspartner.
- 7.3. Die Haftung des Auftragnehmers gegenüber dem Vertragspartner und jedem Dritten, für Schäden, welche sich im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis ergeben, ist auf den vertragstypischen und vorhersehbaren Schaden, maximal mit 100% des Gesamtbestellwerts begrenzt.
- 7.4. Schadenersatzansprüche verjähren innerhalb von 6 (sechs) Monaten ab Kenntnis von Schaden und Schädiger, jedenfalls aber nach 2 (zwei) Jahren ab Gefahrenübergang entsprechend Klausel 4.1.
- 7.5. Regressforderungen, die der Vertragspartner oder Dritte aus dem Titel der Produkthaftung iSd Produkthaftungsgesetzes gegen den Auftragnehmer richten, sind ausgeschlossen, es sei denn, der Regressberechtigte weist nach, dass der Fehler in der Sphäre des Auftragnehmers verursacht bzw. grob fahrlässig verschuldet wurde.
- 7.6. Die Haftungsbeschränkungen und Haftungsausschlüsse in den gegenständlichen Allgemeinen Verkaufsbedingungen gelten nur insoweit, als dies nach dem anwendbaren Recht maximal zulässig ist.

7.7. Wird eine bestellte Ware vom Auftragnehmer auf Grund von Konstruktionsangaben, Zeichnungen oder sonstigen Spezifikationen des Vertragspartners angefertigt, so haftet der Auftragnehmer nicht für die Richtigkeit der Konstruktion, sondern lediglich dafür, dass die Ausführung gemäß den Angaben des Vertragspartners erfolgt. Der Vertragspartner hat den Auftragnehmer bei einer Verletzung von Schutzrechten Dritter schad- und klaglos zu halten.

8. HÖHERE GEWALT

- 8.1. Die Vertragspartner sind von der termingerechten Vertragserfüllung ganz oder teilweise befreit, wenn sie daran durch Ereignisse höherer Gewalt gehindert werden.
- 8.2. Als Ereignisse höherer Gewalt gelten, ohne Beschränkung auf diese Aufzählung, folgende Begebenheiten:
 - a. Gewerkschaftlich genehmigte Streiks, Transportstörungen, gesperrte Grenzen, Ein-, Aus- und Durchfuhrbeschränkungen, behördliche Verfügungen, Exportembargos oder andere Umstände, die die Lieferung beeinträchtigen;
 - b. Naturgewalten, wie z.B. Erdbeben, Blitzschlag, Frost, Sturm und Überschwemmungen sowie kriegerische Handlungen, Aufstände/Revolution, Terrorismus, Sabotage, Brandstiftung, Feuer, Naturkatastrophen, Pandemien und Epidemien;
 - c. Lieferverzögerungen oder -ausfälle von Vorlieferanten des Auftragnehmers als Folge von Energiekrisen oder Rohstoffversorgungskrisen, oder falls die Beschaffung von Rohstoffen in Bezug auf Preis und/oder Menge nicht zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen erfolgen kann und dies bei Abschluss des Vertrags nicht vorhersehbar war.
- 8.3. Der durch das Ereignis höherer Gewalt behinderte Vertragspartner hat den anderen Vertragspartner unverzüglich, spätestens innerhalb von 10 (zehn) Kalendertagen über Beginn und voraussichtliche Dauer der Verzögerung zu informieren. Wenn ein Umstand höherer Gewalt länger als 4 (vier) Kalenderwochen andauert, werden die Vertragspartner im Verhandlungsweg eine Regelung der abwicklungstechnischen Auswirkungen suchen. Wenn ein Umstand höherer Gewalt länger als 6 (sechs) Kalendermonate andauert und keine einvernehmliche Lösung erzielt werden kann,

hat jeder Vertragspartner das Recht ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten.

9. GEHEIMHALTUNG

Soweit nicht eine separate Geheimhaltungsvereinbarung zwischen den Vertragsparteien abgeschlossen wurde, gilt Folgendes: Der Vertragspartner wird die ihm im Zuge der Vertragsabwicklung bekannt gewordenen bzw. vom Auftragnehmer überlassenen Informationen wie etwa alle technischen, kommerziellen und/oder geschäftlichen Informationen, einschließlich Preis- und Zahlungskonditionen, Formeln und Produktzusammensetzungen, Ideen, Designs, elektronisch aufgezeichnete Daten und Produktmuster, usw. in mündlicher, schriftlicher oder elektronischer Form (sowie in sonstig möglichen Darstellungsformen) – im Nachfolgenden zusammenfassend kurz „Informationen“ genannt – streng geheim halten, Dritten nicht ohne vorherige, schriftliche Zustimmung des Auftragnehmers zugänglich machen und nicht (auch nicht teilweise) für andere als die vertragsgegenständlichen/auftragsbezogenen Zwecke verwenden. Diese Verpflichtung gilt nicht für Informationen, die (i) dem Vertragspartner im Zeitpunkt des Empfangs/der Kenntniserlangung bereits in berechtigter Weise ohne Verpflichtung zur Geheimhaltung bekannt waren oder danach in berechtigter Weise durch Dritte ohne Verletzung von Geheimhaltungsverpflichtungen oder sonstige, erkennbare Rechtsverletzungen bekannt werden, (ii) im Zeitpunkt des Empfangs/der Kenntniserlangung bereits öffentlich bekannt und allgemein zugänglich waren oder danach in berechtigter Weise und ohne Verletzung von Geheimhaltungsverpflichtungen oder sonstige, erkennbare Rechtsverletzungen durch den Vertragspartner oder Dritte öffentlich bekannt und allgemein zugänglich werden, (iii) vom Vertragspartner unabhängig und ohne jegliche Verwendung von Informationen vom Auftragnehmer selbstständig entwickelt wurden oder (iv) für die dem Vertragspartner vom Auftragnehmer schriftlich die ausdrückliche Erlaubnis zu einer anderweitigen Nutzung oder Veröffentlichung erteilt worden ist.

10. EXPORTKONTROLLE

- 10.1. Sämtliche Lieferungen und Leistungen des Auftragnehmers stehen unter dem Vorbehalt, dass deren Erfüllung keine Hindernisse aufgrund von

nationalen oder internationalen Exportkontrollbestimmungen, insb. Embargos oder sonstigen Sanktionen, entgegenstehen. Der Besteller verpflichtet sich, alle Informationen und Unterlagen beizubringen, die für die Ausfuhr oder Verbringung benötigt werden. Verzögerungen als Folge von Exportprüfungen oder Genehmigungsverfahren setzen Fristen und Lieferzeiten außer Kraft. Werden erforderliche Genehmigungen nicht erteilt, bzw. ist die Lieferung und Leistung nicht genehmigungsfähig, gilt der Vertrag bezüglich der betroffenen Teile als nicht geschlossen.

10.2. Der Vertragspartner verpflichtet sich seinerseits zur uneingeschränkten Einhaltung sämtlicher den Export und Re-Export betreffenden nationalen und internationalen Gesetzen, Vorschriften, Sanktionen und Embargos, in der jeweils geltenden Fassung.

11 COMPLIANCE

Die im Verhaltenskodex der Dr. Aichhorn Group (<http://www.BFT.at/Company/Code-of-Conduct>) definierten Grundsätze für ein nachhaltiges, ethisch/moralisch und rechtlich einwandfreies Verhalten im Geschäftsleben, werden vom Vertragspartner ausdrücklich zur Kenntnis genommen. Bei evidenten und schwerwiegenden Verstößen des Vertragspartners gegen die grundlegenden Prinzipien des Verhaltenskodex, welche ein weiteres Festhalten an der Geschäftsbeziehung unzumutbar machen, ist der Auftragnehmer dazu berechtigt das Vertragsverhältnis aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung aufzulösen. Der Auftragnehmer ist in diesen Fällen vom Vertragspartner für etwaige, hieraus entstandene Schäden und Nachteile schad- und klaglos zu halten.

12. STEUERN UND SONSTIGE ABGABEN

Lieferungen an Vertragspartner in einen anderen Mitgliedsstaat der EU können vom Auftragnehmer nur dann ohne USt in Rechnung gestellt werden, wenn der Vertragspartner auf Verlangen des Auftragnehmers unverzüglich jene Nachweise beibringt, welche aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen benötigt werden, um eine Steuerfreiheit der Lieferung gegenüber den Finanzbehörden darzulegen.

07/2020 BFT GmbH, Werk-VI-Straße 52, A-8605 Kapfenberg Seite 2 von 3

13. RECHTSWAHL UND GERICHTSSTAND

Alle sich aus oder in Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Vertrag ergebenden Streitigkeiten unterliegen der Zuständigkeit des sachlich und örtlich zuständigen Gerichtes am Hauptsitz des Auftragnehmers. Des Weiteren behält sich der Auftragnehmer das Recht vor, Streitigkeiten, nach der Schiedsgerichtsordnung der Internationalen Handelskammer von drei gemäß dieser Ordnung ernannten Schiedsrichtern endgültig entscheiden zu lassen. Ort der Schiedsgerichtsbarkeit ist Wien, Österreich. Die vereinbarte Sprache für das Schiedsverfahren ist Deutsch. Der Vertrag unterliegt materiellem österreichischem Recht mit Ausnahme seiner Kollisions- und Verweisnormen unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 11.4.1980 über Verträge über den internationalen Warenverkauf (CISG).

14. SONSTIGE BESTIMMUNGEN

14.1. Der Vertragspartner ist nicht dazu berechtigt eigene Forderungen gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen. Davon ausgenommen sind urteilsmäßig zugesprochene Beträge, sowie vom Auftragnehmer ausdrücklich und schriftlich anerkannte Schulden.

14.2. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die wichtigsten Herstellungsprozesse des Auftragnehmers, wie beispielsweise Tiefbohrungen und Honen, niemals Teil einer Inspektion durch den Kunden oder deren Vertreter sein können.

14.3. Sollten einzelne Bestimmungen dieser Allgemeinen Verkaufsbedingungen für Lieferungen und Leistungen ganz oder teilweise rechtsunwirksam oder undurchführbar sein, so berührt dies nicht die Rechtswirksamkeit aller übrigen enthaltenen Bestimmungen. Die Vertragsparteien verpflichten sich für diesen Fall die rechtsunwirksame oder undurchführbare Bestimmung durch eine wirksame oder durchführbare Regelung zu ersetzen, der dem wirtschaftlich gewollten Zweck der ganz oder teilweise unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung im Rahmen des gesamten Auftrags am nächsten kommt. Im Falle des nachträglichen Auftretens einer Lücke gilt jene Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck der gegenständlichen Regelungen vereinbart worden wäre, wenn man die Lösung der nicht vertraglich geregelten Frage von vorneherein bedacht hätte.

GENERAL TERMS AND CONDITIONS OF SALE AND DELIVERY

1. SCOPE AND VALIDITY

- 1.1. These "General Terms and Conditions of Sale and Delivery" shall apply exclusively in their respectively valid version to all supplies and/or services of BFT GmbH (hereinafter referred to as "Seller"). Terms and conditions used by the contract partner (hereinafter referred to as "Buyer") shall require the express written consent of the Seller. This also applies to any departure from the written form. These General Terms and Conditions of Sale and Delivery form an integral part of the respective contract with the Buyer and shall apply to all future business transactions.
- 1.2. In case of any evident conflict between the contractual documents, they shall take precedence in the following order unless otherwise specified or the context requires otherwise:
 - Special agreements (e.g. as presented in a supply agreement; purchase order) insofar as these agreements have been confirmed in writing by the Seller;
 - General Terms and Conditions of Sale and Delivery of BFT GmbH;
 - Offer (including but not limited to BFT Offer Terms and Conditions);
 - Dispositive standards of commercial law and civil law.

2. OFFERS AND ORDERS

- 2.1. All offers made by the Seller are non-binding, unless otherwise expressly stated in writing. The acceptance of any order of a Buyer requires the Seller's written acceptance and shall not be binding otherwise, except if the Seller has dispatched the Buyer's requested goods.
- 2.2. Seller reserves the right to reject an order received by the Buyer if the total order value is less than € 2.000,--. If the Seller accepts an order below that minimum value, the parties may agree on a reasonable handling fee for such order.
- 2.3. General Terms and Conditions or Purchase Conditions of a Buyer shall not apply, even without an explicit objection by the Seller, no matter the form in which

such conditions become known to Seller.

3. PRICES AND TERMS OF PAYMENT

- 3.1. Unless otherwise expressly stated in writing, Seller's prices are net prices excluding any value-added tax as respectively applicable, and any taxes in the amount prescribed by law. Any prices indicated are to be regarded EXW Kapfenberg pursuant to the INCOTERMS 2020 and solely include standard packaging of the goods and their loading if explicitly indicated within the relevant offer. Costs for transportation, transportation insurance, installation costs, etc. are to be borne by the Buyer separately. Prices are based on the costs calculated at the time of the initial quotation. Seller is entitled to adjust the price in case the period of time between contract conclusion and delivery date agreed is longer than six (6) months, and if any relevant cost elements, especially raw material costs and transportation, have not only changed slightly. Any changes with regard to delivery dates, the specifications, quantity or quality of the goods ordered that are demanded by the Buyer after the conclusion of contract entitles the Seller to make price adjustments.
- 3.2. Unless the terms of payment have separately been agreed in writing, all of the payments are to be paid immediately upon receipt of the invoice without any deduction and free of charge in the currency agreed upon. Payments by the Buyer are only considered as debt discharging once the amount paid is credited to the Seller's bank account.
- 3.3. Partial invoices are due for payment immediately upon receipt of the respective invoice. This also applies to any additional amounts beyond the original contract sum that arise due to subsequent deliveries or other agreements, regardless of the terms of payment agreed for the main delivery.
- 3.4. In the event of a default in payment by the Buyer, the Seller is entitled to charge default interest in the amount of at least 12% p.a., and to invoice all of the reminder fees and collection expenses, prelitigation costs and attorney's fees as well as any costs related to

the collection of the accounts receivable outstanding. Seller also has the right to suspend the works in case of any late payments by the Buyer.

4. DELIVERY AND FULFILMENT

- 4.1. Unless otherwise specifically stipulated, all deliveries will be made EXW Kapfenberg, Austria, pursuant to the INCOTERMS 2020. Partial shipments are allowed. The transfer of risk is made in accordance with the above mentioned INCOTERM at the time of the Seller's notification of the readiness for dispatch. The loading of the truck shall be performed by Seller. Notwithstanding any provisions to the contrary, in case the INCOTERM agreed is not EXW and the Buyer is in default of acceptance or if delivery is delayed because of other reasons resting Seller has notified the customer that the goods are ready for dispatch.
- 4.2. Defined delivery deadlines and delivery dates are only approximate and exceeding or falling short of these dates by up to 10 (ten) working days is, however, deemed to be on time. If binding has been explicitly agreed between the parties in writing, these defined delivery deadlines and delivery dates are subject to the availability of the material. The Seller is obliged to inform the Buyer immediately upon learning of a delay in delivery by giving the expected term of the delay in delivery. If an order includes an advance payment to be made by the Buyer, defined delivery deadlines begin to run from the date of receipt of the advance payment on Seller's bank account.
- 4.3. In the absence of any written agreement to the contrary, delivery deadlines are calculated from the date of written order acceptance by the Seller. Any subsequent changes in delivery dates require previous written confirmation by the Seller.
- 4.4. If, for whatever reason, the pick up of the goods by the Buyer will not take place on the agreed delivery date, Buyer must inform the Seller immediately, providing the reasons and the expected duration of the delay. In case of delay of more than 2 (two) calendar weeks, the Seller is entitled to invoice storage expenses with an amount of 0,2 % of the total order value per week, but at least € 500,-- per week.

5. RESERVATION OF TITLE

- 5.1. The goods will remain the property of the Seller until full payment of the purchase price including default interest, reminder fees, collection expenses and litigation costs which incurred up to that point in time. Buyer is obliged to assign all claims arising out of a resale of the goods, whereby any resale requires the express written consent of the Seller. The consent to a resale is revoked without prior notice as soon as insolvency proceedings are opened on the Buyer's assets.
- 5.2. In the event of claims by third parties on the goods subject to retention of title, in particularly in the case of attachment, the Buyer shall state that such goods are property of the Seller, and notify the Seller without delay. The Buyer shall take the full risk for the retained goods, in particular for its destruction, loss or deterioration.

6. WARRANTY

- 6.1. As stated in the following provisions, the Seller is obliged to repair every defect affecting the usability of the goods, provided such defect already existed at the time of delivery and that is the result of defective materials or manufacturing.
- 6.2. The warranty period shall be 6 (six) months from the date of commissioning or 12 (twelve) months from the date of delivery (transfer of risk), whichever occurs earlier, insofar as different warranty periods were not agreed upon individually. The Seller's obligations under warranty shall expire in any case after elapse of the warranty period; a special recourse of the Buyer extending beyond this period because of obligations fulfilled by the Buyer under warranty shall be expressly excluded.
- 6.3. The Buyer is obliged to inspect the goods immediately upon receipt and to provide any notice of defects immediately, in any event within 14 (fourteen) days after delivery of the goods in writing and with detailed information on the alleged defect. Failing such notice the goods are to be considered approved. In case of hidden defects, the notice of defects is to be made within a period of 14 (fourteen) days after their detection. The Buyer has to prove that the defect already existed at the time of the transfer of risk pursuant to provision 4.1.

- 6.4. Seller makes no other warranty with regards to the goods other than as specified in the purchase order. All other warranties, express or implied, including but not limited to the implied warranties of merchantability and fitness for a particular purpose, are expressly disclaimed. Seller's warranty obligations do not include normal wear and tear, improper handling or storage, faulty maintenance, force majeure events or damages in transit.
- 6.5. Unless inconsistent with mandatory legal provisions, warranty claims are limited at Seller's option to correction of the deficiency defect or replacement of the goods within a reasonable period or the reduction of the purchase price.
- 6.6. In any event, the obligation for a warranty expires at the end of the warranty period pursuant to provision 6.2. Any unapproved changes or alterations made by the Buyer to the goods delivered, lead to the termination of Seller's warranty obligations.
- 6.6. [Only applicable in case of Services] Seller warrants skilled personnel, which is able to conduct the services with due diligence and according to the specification of the contract only. To the extent allowed by the applicable law, Seller disclaims with regards and in connection to its services all implied warranties or conditions including any implied warranties or merchantability and fitness for a particular purpose and warranties of non-infringement.
- 7. GENERAL LIMITATION OF LIABILITY**
- 7.1. The Seller's liability for damages, with the exception of personal injuries, is expressly limited to those cases that are caused in the sphere of responsibility of the Seller by gross negligence or willful misconduct. The burden of proof for the existence of such behavior lies with the Buyer.
- 7.2. Neither party shall be liable to the other whether by way of indemnity or breach of statutory duty or in contract or in tort (including negligence) or under any other legal theory for loss of profit, loss of use, loss of production, loss of contract, cost of capital, or for any financial or economic loss or for any special, incidental, indirect or consequential damage whatsoever, provided that this shall not apply to or in any way limit a party's liability for any loss or damage arising out of or connected with gross negligence or willful misconduct.
- 7.3. Seller's overall liability to the Buyer or any third party for all claims arising out of or in connection with the purchase order will be limited to 100 % of the total purchase order price.
- 7.4. Damage compensation claims shall lapse within 6 (six) months after having obtained knowledge of the damage and of the damaging party, however in any case not later than 2 (two) years after the transfer of risk pursuant to provision 4.1.
- 7.5. All and any regress claims raised against the Seller by the Buyer or third parties based on product liability in the meaning of the Austrian Law on Product Liability (PHG) are expressly excluded, unless the claimant can prove, that a defect was caused in the sphere of responsibility of the Seller and was caused at least by gross negligence of the Seller.
- 7.6. The limitation and exclusion of liability in these General Terms and Conditions of Sale only apply to the maximum extent permissible under applicable law.
- 7.7. If an order is carried out according to the Buyer's design specifications, drawings or models, Seller's liability does not extend to the correctness of design and only to the conformity of the design to the Buyer's specifications. The Buyer must indemnify and hold harmless the Seller if any claims are asserted by third parties against the Seller due to an infringement of protective rights of third parties.
- 8. FORCE MAJEURE**
- 8.1. The parties shall be released either fully or partially from its obligations to meet deadlines in fulfillment of the contract if they are hindered by an event of force majeure.
- 8.2. Events which are to be considered as a result of force majeure include, without limitation, the following events listed:
a. strikes authorized by trade unions, disruptions

to transport, closed borders, import, export, and transit constrictions, governmental decrees, export embargos or other circumstances that impede delivery;

- b. forces of nature, such as earthquakes, lightning strikes, frost, storms, floods, as well as warlike actions, uprisings/revolutions, terrorism, sabotage, arson, fires, natural disasters as well as pandemics and epidemics;
- c. delays in delivery or delivery failures on the part of suppliers to the Seller as a consequence of energy crises or raw material supply crises, or in the case that the procurement of raw materials with regards to the price and/or amounts cannot be made under economically justifiable conditions and that this had not been predictable upon conclusion of the contract.

- 8.3. The party hindered by an event of force majeure has to inform the other party immediately, however not later than 10 (ten) calendar days after the occurrence of the event of force majeure, as to the beginning and expected duration of the delay. If an event of force majeure lasts longer than 4 (four) calendar weeks, the parties shall seek for a solution for handling the technicalities of its effects by means of negotiations. If an event of force majeure lasts longer than 6 (six) calendar months, and no amicable solution can be reached, each party has the right to completely or partially withdraw from the contract.

9. CONFIDENTIALITY

Unless otherwise agreed in a separate non-disclosure agreement, the following shall apply: By concluding the contract, the Buyer receives access to certain confidential and privileged information from the Seller. Based on this, the Buyer shall keep all contract related information made privy to him by Seller strictly confidential, in particular all technical, commercial and/or business information, including pricing conditions and payment terms, formulas and product configurations, ideas, designs, electronically stored data and product samples, etc., whether in verbal, written, electronic or any other form, hereinafter referred to generally as information. Such information shall not be made available fully, partially nor in any manner to a third party without the previous written consent of Seller and may

not be used in full or in part for any other purpose other than fulfillment of contractual and/or order-related agreements. This obligation of secrecy shall not apply to the following: (i) information justifiably known to the Buyer prior to any obligation of secrecy or justifiably made known to the Buyer by a third party without any infringement on any obligations of secrecy or other recognizable violations of law, (ii) at the time of acquiring such information, it had already been publicly known and generally accessible and the Buyer or a third party had justifiably become privy to this information without any infringement on obligations of secrecy or other recognizable violations of law, (iii) the information was independently developed by the Buyer without any use of information from the Seller, (iv) the Buyer was expressly granted permission by the Seller for the further use or publication of the information.

10. EXPORT CONTROL REGULATIONS

- 10.1. All of the Seller's contractual deliveries and services are subject to the explicit reservation that its fulfillment is not prevented by any restrictions arising out of national or international export control regulations, in particular any embargos or any other sanctions. The Buyer is obliged to provide all the information and documentation needed, or that might be needed, for export. Delays occurring as a consequence of export inspections or approval procedures suspend any deadlines and delivery times. In the event that the relevant legal permits can not be obtained or that the delivery and services are not approvable, the contract is considered to be not concluded with regard to the items affected.
- 10.2. The Buyer is obliged to comply with all national and international export control regulations, sanction and embargos, as well as to provide detailed information about the end-use and purpose of the product ordered by him.

11. COMPLIANCE

The principles and guidelines for a sustainable, ethical/moral and legally compliant behavior in business defined in the Code of Conduct of the Dr. Aichhorn Group (accessible at: <http://www.BFT.at/Company/Code-of-Conduct>), shall be explicitly accepted and approved by the Buyer. In the case of a clear and severe violation

of the underlying principles and regulatory contents of the Code of Conduct on the part of the Buyer, which would make any continuation of the business relationship unconscionable, the Seller, on a case-by-case basis, is entitled to terminate the contractual relationship with immediate effect for good cause. In these cases, the Buyer shall indemnify and hold the Seller free and harmless in the event of any damages and detriments arising.

12. TAXES AND OTHER LEVIES

Deliveries to Buyers in another Member State of the EU may only be invoiced without value-added tax by the Seller, if, at the request of the Seller, the Buyer has immediately provided proof of such so that the Seller is able to prove the tax exemption of the delivery to the revenue authorities as is required by the applicable legal provisions.

13. GOVERNING LAW AND JURISDICTION

All disputes arising out of or in connection with the present contract shall be submitted to the exclusive jurisdiction of the competent ordinary court located at the registered head office of the Seller. Furthermore, the Seller reserves the right to have any dispute arising out of or in connection with the present contract finally settled under the Rules of Arbitration of the International Chamber of Commerce in Paris (ICC Rules) by three arbitrators appointed in accordance with the said rules. Place of arbitration is Vienna, Austria. The language to be used in the arbitration proceedings is English. The contract is exclusively subject to the substantive Austrian Law without regard to its conflict of laws and with the exclusion of the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG) dated April 11, 1980.

14. MISCELLANEOUS

- 14.1. Buyer is not entitled to set off their receivables against the Seller's receivables. Amounts assigned by court decision and debts recognized expressly and in written form by the Seller are excluded from this.
- 14.2. Notwithstanding anything to the contrary, BFT's key manufacturing processes such as but not limited to deep hole drilling and honing shall not be part of any witness inspections by customers or their representatives.
- 14.3. If individual provisions of these General Terms and Conditions of Sale and Delivery are declared to be partly or fully void or unenforceable, the validity or enforceability of the remaining provisions of these conditions shall remain unaffected thereby. The parties are obliged in this case to replace the invalid or impracticable provision with such a valid or practicable provision that comes as close as possible in its economic effect of the provision deemed partly or fully void or unenforceable within the scope of the entire contract. In the event of subsequent gaps, the provision that most closely effects what would have been the parties' original intent and purpose in entering into this contract is valid, if there had been no prior consideration of how to resolve issues that are not contractually governed.